

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 66 845 pbbn d

## Inhalt

Elfriede Hoffmann, Bundesvorsitzende der ASF, zum Internationalen Frauentag: Frauen für den Frieden - Frauen gegen Wettrüsten. Seite 1/2  
Hans de With MdB sieht durch die jüngste Statistik Befürchtungen widerlegt: Die Reform des Paragraphen 218 greift.

Seite 3  
Volker Neumann MdB stellt fest, daß die Bundesrepublik ihr Kontingent von 20.000 Vietnam-Flüchtlingen noch nicht ausgeschöpft hat: Enttäuschung in Hongkong. Seite 4

Hermann Heinemann warnt nach Lake Placid: Kein neues Sport-Wettrüsten zwischen Ost und West.

Seite 5/6  
Marie Schiel MdB würdigt das Ergebnis des wissenschaftlichen KSZE-Fforums: Die Vernunft hat sich durchgesetzt. Seite 7  
Egon Lutz MdB untersucht die jüngsten Arbeitsmarktdaten: Das dünne Eis des Winters ist gebrochen.

Seite 8/9

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 45

5. März 1980

Frauen für den Frieden - Frauen gegen Wettrüsten

Der Internationale Frauentag gemahnt an besondere Verantwortung

Von Elfriede Hoffmann  
Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Im Monat März wird traditionsgemäß in vielen Bezirken und Unterbezirken der SPD der Internationale Frauentag gefeiert, der in diesem Jahr unter dem Motto "Frauen für den Frieden - Frauen gegen Wettrüsten" steht.

Die Feiern zum Internationalen Frauentag haben in der SPD eine lange Tradition. Seitdem Clara Zetkin im Jahre 1910 diesen Tag zur Propagierung des Frauenwahlrechts beim Internationalen Frauenkongreß in Kopenhagen durchsetzte, wurde er - teilweise als Werbewoche - durch die Jahrzehnte hindurch von den Sozialdemokraten gefeiert. 1931 war sein Motto zum Beispiel "Gegen Krieg, Naziterror, für Sozialismus und Frieden" und "Durch Sozialismus zum Frieden" stand über dem Internationalen Frauentag 1948, der mit einer Reihe von Kundgebungen in den drei Westzonen und in Berlin in jenem Jahr gefeiert wurde. Erst in den 60er Jahren verlor der Internationale Frauentag im Bewußtsein der Partei - aus welchen Gründen auch immer - an zentraler Bedeutung. In den Bezirken und Unterbezirken aber lebte er mit unterschiedlicher Intensität weiter.

Im Jahre 1980, zu seiner 70. Wiederkehr, soll der Frauenfriedenstag nach dem Willen des ASF-Bundesvorstandes und mit Zustimmung des SPD-Präsidiums neu belebt werden.

Am 8. März, der im internationalen Bereich seit den 20er Jahren zur Erinnerung an den Aufstand der Arbeiterinnen in Petersburg als Internationaler Frauentag gefeiert wird, will



die ASF eine Unterschriftenkampagne "Frauen für den Frieden - Frauen gegen Wettrüsten" starten. Die Unterschriften werden dem Bundeskanzler und dem Verteidigungsminister überreicht.

Die SPD-Frauen wollen mit dieser Aktion die besondere Verantwortung, die eine Partei in der Regierungsverantwortung für die Erhaltung des Friedens in der Welt trägt, dokumentieren und einen Kontrapunkt setzen zu Bestrebungen der Opposition, die die Sicherung des Friedens nur in weiterem Aufrüsten sieht.

Die militärischen, aber auch die sozialen Konflikte der jüngsten Vergangenheit und das anhaltende Wettrüsten auf beiden Seiten der Machtblöcke macht erschreckend deutlich, daß die Gefahr eines dritten Weltkrieges nach wie vor besteht, obwohl der Frieden in Europa sicherer geworden ist. Die Vorgänge im Iran und Afghanistan beweisen, daß die Welt immer noch ein Pulverfaß ist, das durch den einen zündenden Funken explodieren kann.

Nach Auffassung der ASF gibt es zur Entspannungspolitik keine Alternative. In der Resolution der ASF wird die Bundesregierung daher aufgefordert, ihre Entspannungspolitik fortzusetzen und zu vertiefen.

Die ASF fordert die Bundesregierung und alle Parteien auf

- durch neue Initiativen zur Entspannung und Abrüstung beitragen, daß die 80er Jahre politischen Frieden in der Welt bei einem geringeren militärischen Aufwand festigen. Dazu gehört auch der Abbau der Waffenkonzentration, gerade in Mitteleuropa.

Sie fordern die Bürgerinnen und Bürger auf, zu protestieren

- gegen jede militärische Intervention, auch nicht zur Rohstoffsicherung,
- gegen jedes Wettrüsten und die drohende Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa

und sich einzusetzen

- für eine Fortsetzung der sozialdemokratischen Entspannungspolitik,
- für eine zusätzliche Entwicklungshilfe in Höhe von fünf Prozent des Verteidigungshaushaltes und
- für eine umfassende Erziehung zum Frieden.

(-/5.3.1980/va-he/ca)

+

+

+



Die Reform des Paragraphen 218 greift  
-----

Neue Statistik widerlegt alle Befürchtungen

Von Dr. Hans de With MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz

Die Diskussion um die Auswirkungen der Reform des Paragraphen 218 des Strafgesetzbuches schlug im letzten Jahr hohe Wellen. Zwar war nach der Fernsehdiskussion zwischen Justizminister Hans-Jochen Vogel und Kardinal Ratzinger eine gewisse Beruhigung eingetreten. Aber dennoch wurde von vielen nach wie vor behauptet, der reformierte Paragraph 218 habe ein Recht auf Abtreibung begründet, die unvermeidbare Folge werde eine stetige und unaufhaltsame Zunahme der Schwangerschaftsabbrüche sein.

Die neuesten vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden veröffentlichten Zahlen zur Rate der legalen Schwangerschaftsabbrüche bestätigen diese Furcht nicht - sie widerlegen sie. Zwar ist es richtig, daß 1979 gegenüber 1978 mehr legale Schwangerschaftsabbrüche registriert wurden, nämlich 82.788 gegenüber 73.548. Daraus den Schluß zu ziehen, dies belege ein Ansteigen der Ziffern, wäre jedoch falsch: Beim näheren Hinsehen erweist sich, daß 1979, also im 3. Jahr der Reform, der Aufwärtstrend gebrochen wurde und sich die Zahlen deutlich - nach einem vorher absehbaren Trend - stabilisiert haben. So wurden im 4. Quartal 1979 20.027 Schwangerschaftsabbrüche gemeldet. Der Vergleich mit den Zahlen für die übrigen Quartale 1979 - 1. 20.898, 2. 20.975, 3. 20.888 - zeigt das "Einquarteln" sehr klar. Auch der Blick auf das Vergleichs-Quartal 1978 belegt dies: Den 20.027 legalen Aborten des 4. Quartals 1979 stehen 19.829 Abbrüche im gleichen Zeitraum des Jahres 1978 gegenüber. Anhaltspunkte dafür, daß die illegale Abbruchrate steigt, fehlen, alles spricht dafür, daß sie seit der Reform sinkt.

Die neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes weisen ferner aus, daß der Anteil der Notlagenindikation wiederum 70 Prozent der registrierten Fälle beträgt. Auch hier ist ähnlich wie bei der legalen Abbruchrate eine Stabilisierung eingetreten.

Beide Feststellungen können uns auf die Dauer nicht befriedigen: Das Ziel aller Beteiligten muß sein, die Zahlen aller Abbrüche herabzudrücken. Der Weg hierzu ist vorgezeichnet: Die Beratungsmöglichkeiten und vor allem die Möglichkeiten der Hilfen für die schwangere Frau müssen weiter verbessert werden. Schritte in diese Richtung sind in Vorbereitung. Nur wenn auf diesem Weg - auch auf den Bericht der von der Bundesregierung eingesetzten Sachverständigenkommission darf verwiesen werden - Fortgeschrieben wird, läßt sich verwirklichen, was der reformierte Paragraph 218 erreichen will: Den Schutz des ungeborenen Lebens so wirkungsvoll wie möglich zu gestalten und den in Not geratenen Schwangeren zu helfen. (-/5.3.1980/ks/ca)

+ + +



### Enttäuschung in Hongkong

Die Bundesrepublik hat ihr Kontingent von 20.000 Vietnam-Flüchtlingen  
noch nicht ausgeschöpft  
Von Volker Neumann MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe Flüchtlingsfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Eine verständliche Enttäuschung macht sich in Hongkong bei der Bevölkerung und den Behörden breit. Die britische Kronkolonie hatte bereitwillig 1979 fast 70.000 Bootsflüchtlinge aus Vietnam aufgenommen und im Gegensatz zu den meisten Erstaufnahmeländern Südostasiens auch sozial betreut.

Für die über fünf Millionen Einwohner, die auf etwas mehr als tausend Quadratkilometer leben müssen, war die Aufnahme dieser Flüchtlinge eine besondere Belastung, weil bereits 1978 und 1979 jeweils über 100.000 Flüchtlinge aus der VR China nach Hongkong geflüchtet waren. Der Flüchtlingsstrom ist vorübergehend im Sommer 1979 durch eine verstärkte Grenzkontrolle und massiver Intervention der britischen Regierung in Peking gestoppt worden. Der Flüchtlingsstrom aus der VR China scheint aber in den letzten Wochen wieder zugenommen zu haben. Allein am chinesischen Neujahrsfest im Februar wurden 1.200 Flüchtlinge festgenommen und wieder abgeschoben. Die Zahl der Flüchtlinge aus der VR China in diesem Jahr ist noch unbekannt, weil erst nach Wochen sich diese bei den Behörden melden und dann einen legalen Wohnsitz in Hongkong begründen können.

Die humanitäre Haltung Hongkongs gegenüber den vietnamesischen Bootsflüchtlingen war mit der Hoffnung begründet, daß diese aus den überbevölkerten Gebieten bald in Drittländer umsiedeln könnten. Die Enttäuschung, daß nicht in größerem Umfang Zusagen aus Drittländern gekommen sind, macht sich jetzt in Hongkong breit. In Zeitungen wird bereits jetzt von einer "bewußten Vernachlässigung" der Flüchtlinge gesprochen und vermutet, daß mit dieser Politik die Weltöffentlichkeit aufmerksam gemacht werden soll.

In Hongkong kann man sich gut daran erinnern, daß Malaysia im Juni 1979 durch restriktive Flüchtlingspolitik die Weltöffentlichkeit mobilisiert hat. Es kann vermutet werden, daß es leicht fällt, auch noch die chinesische Bevölkerung für diese Politik zu gewinnen, da sie ohnehin seit einiger Zeit die Flüchtlinge als nicht geliebte Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt ansieht. Sicher wird auch wegen der verzögerlichen Politik im Rahmen der Vereinbarung des Hohen Flüchtlingskommissars mit der VR Vietnam, eine geordnete Auswanderung ausreisewilliger Vietnamesen zu organisieren, die "Vernachlässigung" der Flüchtlinge als Abschreckung gesehen für neue Flüchtlingswellen aus Vietnam.

Die Bundesrepublik hat ihr Kontingent von 20.000 Flüchtlingen noch nicht ausgeschöpft. Die Bundesrepublik und auch die anderen Europäischen Länder sollten mit der weiteren Aufnahme von Flüchtlingen auch aus Hongkong deutlich machen, daß das humanitäre Verhalten Hongkongs in der Vergangenheit bei der Entscheidung der Aufnahme von Flüchtlingen berücksichtigt wird. Jede andere Politik könnte die Erstaufnahmeländer dazu verleiten, die Erstaufnahme von Flüchtlingen zu verweigern und wie im Fall Malaysias geschehen, in Kauf zu nehmen, daß ein großer Teil der Flüchtlinge das Leben lassen muß.

(-/5.3.1980/ks/ca)



### Kein neues Sport-Wettrüsten zwischen Ost und West

---

Nach Lake Placid muß das Prinzip "humaner Leistungssport" weitergelten

Von Hermann Heinemann

Vorsitzender des Sportbeirates beim SPD-Parteivorstand

Glaubt man ersten demoskopischen Umfragen, so sollen 68 Prozent der Befragten mit dem Abschneiden der Sportler aus der Bundesrepublik Deutschland bei den XIII. Olympischen Winterspielen in Lake Placid unzufrieden sein. Diese vagen Trends können eine nüchterne Betrachtung nicht ersetzen, dürfen auch nicht über die notwendige Verdeutlichung der Möglichkeiten und Zielsetzungen des Leistungs- und Berufssports in unserer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft hinwegtäuschen.

Erste hektische und aus oberflächlichen Enttäuschungsempfindungen resultierende Forderungen sind meistens - was aus innerdeutscher Sicht eventuell noch verständlich erscheint - Ergebnis der olympischen Spitzenposition der DDR-Sportler in Lake Placid. Eine sachliche und emotionslose Beurteilung des sportlichen Verlaufs der XIII. Olympischen Winterspiele in Lake Placid führt zu dem Ergebnis, daß die Wettbewerbe besser waren als es auch in der Bundesrepublik oftmals erschien.

Maßgebend dafür, daß der "Enttäuschung" so großen Raum beigemessen wurde, dürften in erster Linie die Flut von Prognosen, Medaillen-Hochrechnungen und der sich daraus ergebende Erwartungs- und Leistungsdruck auf die Sportler gewesen sein.

Schwachpunkte, die es durchaus kritisch zu untersuchen gilt, lagen nicht allein bei den Sportlern, die die sogenannten "Erwartungen" nicht erfüllen konnten. Man muß in diesem Zusammenhang auch berechtigten Hinweisen der Aktiven und der Presse nachgehen, in denen beanstandet wird, daß Qualifikationsnormen und das Prinzip der "Endkampf-Chance" ausschließlich für die Sportler gelten.

Vor diesem Hintergrund ist auch zu fragen, ob ein Verhältnis zwischen Sportlern und sogenannten Betreuern von fast 1:1 nicht eher zu einer Belastung für die Sportler wird.

Für die Sozialdemokratische Sportpolitik sind "Medaillen" allein kein Kriterium für die Beurteilung sinnvoller Sportförderung.

Dem Prinzip des "humanen Leistungssports" verpflichtet, hat die SPD in ihren "Sportpolitischen Leitsätzen" bekräftigt, daß die Selbstbestimmung des Sportlers Vorrang vor allen anderen Erwägungen haben muß und nationalistische und chauvinistische Tendenzen im Spitzensport zu bekämpfen sind.

Dies bekräftigen wir ebenso wie die Erklärungen von Bundeskanzler Helmut Schmidt, daß es

- kein "staatliches Medaillentrimmen" in der Bundesrepublik Deutschland geben darf;



- die Zahl von Medaillen im Leistungssport nichts aussagt über die Freiheit in einer Gesellschaft, nichts aussagt über die Gerechtigkeit in einer Gesellschaft, auch nichts über den Wohlstand in einer Gesellschaft.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands unterstreicht bei dieser Gelegenheit nachdrücklich die in den "Bischofsheimer Thesen" der Sozialdemokratischen Wählerinitiative enthaltenen Forderungen, daß

- sensationsorientierter Personenkult mit den besonders erfolgreichen Sportlern, der bis hin zur erheblichen Beeinträchtigung der Privatsphäre reicht, entwürdigend, inhuman ist und das Persönlichkeitsbild des Sportlers verzerrt;
- die persönlichen Erfolge der Sportler nicht als Grundlage für den gesellschaftspolitischen Vergleich konkurrierender Systeme mißbraucht werden dürfen, um auf diese Weise dem Ziel einer humanen Gestaltung des Leistungssports gerecht zu werden und Auswüchsen entgegenzuwirken.

Bestrebungen, die mehr oder weniger auf ein neues "Leistungssportliches Wettrüsten" zwischen Ost und West hinauslaufen, muß energisch Einhalt geboten werden.

Vor allem die finanzschwachen Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika würden durch solche Bestrebungen erneut benachteiligt und in ihrer Sportentwicklung starke Beeinträchtigungen erleiden.

Die Sportorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland und die internationalen Sportfachverbände sowie das Internationale Olympische Komitee müssen stärker und glaubwürdiger als bisher diesen Entwicklungen entgegenzutreten.

Dies betrifft vor allem die Exzesse im technisch-materiellen Bereich - zum Beispiel Bobfahren und Rennrodeln -, den zunehmenden Einfluß der Sportartikelindustrie - zum Beispiel Skipools - und den gefährlichen Entwicklung im Kinder- und Jugendsport. Olympiasieger, Welt- und Europameister im Kindesalter sind Beispiele für derartige Entartungen.

Für die Sportpolitik in der Bundesrepublik Deutschland ist hinzuzufügen:

- Dem Ruf nach dem Schulsport und den schulsportlichen Wettkämpfen als "Basis der Medaillenbilanzen" muß entgegengehalten werden, daß es nicht Aufgabe des Schulsports sein kann, die sportpädagogischen Ziele vorrangig auf den Leistungssport auszurichten.
- Die Talentsuche und Talentförderung ist schwerpunktmäßig im außerschulischen Bereich des Sports anzusiedeln. Dabei kommt allerdings einer engen personellen und organisatorischen Zusammenarbeit zwischen Schulen und Sportvereinen eine herausgehobene Bedeutung zu.

+

+

+



**Die Vernunft hat sich durchgesetzt**  
-----

Wissenschaftliches Forum der KSZE-Teilnehmerstaaten  
in Hamburg ein wichtiger Schritt gen Madrid

Von Marie Schlei MdB

Vorsitzende des Arbeitskreises I der SPD-Bundestagsfraktion

Das Abschlußdokument des Wissenschaftlichen Forums in Hamburg ist ein wichtiger Schritt auf dem Wege nach Madrid, wo im November 1980 die zweite KSZE-Folgekonferenz stattfindet. Es zeigt, daß das Gespräch über konkrete Formen der Ost-West-Zusammenarbeit auch und gerade in Zeiten der Krise nützlich und notwendig bleibt. Die in Hamburg versammelten Wissenschaftler haben festgestellt, "daß der gegenwärtige Stand der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit noch in verschiedener Hinsicht Verbesserungen erfordert". Sie haben weiter erklärt:

"... Dieses Ziel kann jedoch nur durch die Achtung aller Prinzipien und die volle Durchführung der einschlägigen Bestimmungen der Schlußakte erreicht werden. Alle Teilnehmerstaaten werden daher dringend aufgefordert, die Schlußakte nach Geist und Buchstaben einzuhalten, insbesondere hinsichtlich der für die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit wesentlichen Bedingungen.

Es wird ferner für notwendig erachtet, festzustellen, daß die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Staaten eine der Grundlagen für eine bedeutende Verbesserung ihrer gegenseitigen Beziehungen und der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit auf allen Ebenen darstellt."

Diese Feststellungen verdienen es, in diesen Tagen besonders hervorgehoben zu werden. Das Wissenschaftliche Forum war durch die Krise in Afghanistan und die Verbannung von Professor Sacharow belastet. Dennoch sind konkrete Ergebnisse für die wissenschaftliche Zusammenarbeit erzielt worden.

Sie betreffen die Forschung im Bereich alternativer Energiequellen und der Nahrungsmittelerzeugung sowie in der Medizin und den Geisteswissenschaften.

In der medizinischen Forschung wird die Zusammenarbeit bei der Erforschung der Herz- und Gefäßerkrankungen sowie der Geschwulst- und Viruserkrankungen verbessert.

Auf dem Gebiet der Geistes- und Sozialwissenschaften will man sich um vergleichende Untersuchungen insbesondere über Fragen der Umwelt des Menschen und der städtebaulichen Entwicklungen bemühen. Dies sind Arbeitsvorhaben, die auch in unserem Interesse liegen.

Die Vernunft hat sich durchgesetzt. Es ist zu hoffen, daß auch auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid ein Dialog geführt wird, der um ein Weiterkommen in der Sache bemüht ist.

(-/5.3.1980/ks/ca)

+ + +



Das dünne Eis des Winters ist gebrochen  
-----

Bemerkungen zu den Arbeitsmarktdaten des abgelaufenen Monats

Von Egon Lutz MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Probleme des Arbeitsmarktes der SPD-Bundestagsfraktion

Die Arbeitsmarktzahlen für den Monat Februar lassen erfreuliches vermuten: Ein im Überblick durchweg positives Ergebnis gibt die Hoffnung, daß das Jahr 1980 arbeitsmarktpolitisch zu keinem Krisenjahr wird.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen ging wieder unter die arbeitsmarktpolitische Schallmauer von einer Million auf 992.500 zurück. Das entspricht einem Rückgang, gemessen am Vormonat, von 44.000 Stellungsuchenden. Die neue Arbeitslosenquote liegt jetzt bei 4,3 Prozent. Ein Vergleich mit dem Februar 1979 zeigt einen Rückgang von 141.500 Arbeitslosen.

Die Zahl der arbeitssuchenden Männer ging um 30.800 auf 526.500 zurück. Das entspricht einer Quote von 3,7 Prozent. Auch hier, gemessen am Vorjahr, ein Rückgang von 103.000.

Auch die Problemgruppe Frauen zeigt einen erfreulichen Rückgang von 13.200 Stellungsuchenden gegenüber dem Vormonat. Die neue Zahl lautet hier 466.000. Auf das Jahr 1979 bezogen bedeutet dies einen Rückgang von 38.600. Die Quote des Februar: 5,3 Prozent.

Erfreulich verläuft weiterhin die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt der unter 20jährigen. Ein erneuter Rückgang auf 75.800, ein Minus von 3.200, läßt auf eine Trendstabilisierung schließen.

Die Zahlen der über 59jährigen zeigen, gemessen am Vorjahr, einen leichten Anstieg. Hier scheint der Arbeitsmarkt saisonalen Schwankungen stärker zu unterliegen, als in anderen Bereichen.

Gleiches gilt in etwa für die Situation der Schwerbehinderten. Hier ist gemessen am Vormonat ein Rückgang von nur 0,7 Prozent zu verzeichnen. In der Relation zum Februar 1979 ist hier ein Zugang von 6.240 Arbeitssuchenden zu vermelden.





Der Arbeitsmarkt der Teilzeitarbeitslosen zeigt erfreuliche Tendenzen. Gemessen am Februar 1979 ging die Zahl um 12,2 Prozent zurück. Allein im Vergleich zum Vormonat sind 3.000 Personen weniger bei den Arbeitsämtern gemeldet. Zu bedenken ist bei diesen Zahlen der hohe weibliche Anteil dieser Gruppe des Arbeitsmarktes.

Das Angebot an offenen Stellen entwickelte sich durchweg positiv. Die Bundesanstalt meldet 312.600 offene Stellen, das sind 30.400 mehr als im Vormonat oder 10,8 Prozentpunkte. Die Entwicklung gilt gleichermaßen für Frauen und Männer (10,6 beziehungsweise 10,8 Prozent).

Sowohl saisonale als auch strukturelle Bedingungen kennzeichnen den Verlauf auf den beruflichen Teilarbeitsmärkten. In den Metall- und Elektroberufen ging die Zahl der Stellungsuchenden um 470 auf 126.300 zurück.

Im Baugewerbe ist der höchste Rückgang zu verzeichnen. Eine Abnahme von 7.100 Stellungsuchenden (8,2 Prozent) läßt auf dicke Auftragsbücher der Bauindustrie schließen. Das Baugewerbe ist im übrigen der Teilarbeitsmarkt, der als einziger die allgemeine Quote unterbietet.

Die Gruppe der Warenaufleute verzeichnet ebenfalls einen Rückgang auf eine Quote von 2,9 Prozent. Dort sind 204.400 Kaufleute arbeitslos gemeldet.

Ein Fazit aus arbeitsmarktpolitischer Sicht muß von einer frühzeitigen saisonalen Entlastung ausgehen. Die günstigen Witterungsverhältnisse halfen dem Arbeitsmarkt vorzeitig auf die Sprünge. Von einem konjunkturellen Auftrieb kann jedenfalls noch nicht gesprochen werden. Trotzdem ist der bemerkenswerte Rückgang der Arbeitslosenzahlen erfreulich. Obwohl die wirtschaftlichen Vorgaben als "verhalten" beurteilt werden müssen, zeigt die Statistik ein überwiegend positives Bild. Ein Erfolg, der nicht zuletzt auf die arbeitsmarktpolitischen Initiativen des vergangenen Jahres zurückgeht. Die ohnehin dünne Eisdecke des Winters ist früher als erwartet aufgebrochen.

(-/5.3.1980/ks/ca)

\* \* \*

Verantwortlich: Willi Carl

